

Martin Uebelhart

## **„Der Anstaltsgott ist eine höhere Polizeiberufungsstelle“ – „Administrativjustiz“ und Erziehung im Werk von Carl Albert Loosli (1877-1959)**

*Zusammenfassung.* In meinem Beitrag geht es um Verhältnisse, in denen die erzieherische Stellvertretung nicht ausgehandelt, sondern im Namen von „Recht und Ordnung“ *verordnet* wird, z. B. in Arbeitserziehungs- und Jugendstrafanstalten. Dabei ist ein vielschichtiges Geflecht von Stellvertretungsverhältnissen und -anmassungen festzustellen, das elementare Fragen der Rechtsstaatlichkeit aufwirft. Der Schweizer Publizist und Schriftsteller Carl Albert Loosli (1877-1959), der als unehelich Geborener einen Grossteil seiner Jugend in Erziehungsheimen verbrachte, kämpfte ein Leben lang gegen diese Zwangsverhältnisse. Er war einer der ersten, der die Verfassungswidrigkeit der so genannten „Administrativjustiz“ öffentlich anprangerte. Er wurde stellvertretend zur Stimme von Betroffenen, die sich nicht artikulieren konnten. Der Autodidakt Loosli erweist sich aber nicht nur als Verfechter des demokratischen Rechtsstaates, sondern ebenso als Vorkämpfer für Reformen des Bildungs- und Erziehungswesens.

### **1. Einleitung: Erzieherische Stellvertretung und die „Normalitätsrichter“**

Was Richter durchsetzen, wenn sie „therapeutische“ Urteile fällen und „Resozialisierungsstrafen“ verhängen, sei „die Ökonomie der Macht und nicht die ihrer Skrupel oder ihres Humanismus“, schrieb Michel Foucault 1975 in *Überwachen und Strafen*. Die Tätigkeit des Urteilens habe sich in dem Masse vervielfältigt, in welchem sich die Normierungsgewalt gestreut habe. Diese Normierungsgewalt, verkörpert in der Allgegenwart der Disziplinaranlagen und der Kerkerapparate, sei „zu einer der Hauptfunktionen unserer Gesellschaft“ geworden. Die „Normalitätsrichter“ seien überall anzutreffen:

Wir leben in der Gesellschaft des Richter-Professors, des Richter-Arztes, des Richter-Pädagogen, des Richter-Sozialarbeiters; sie alle arbeiten für das Reich des Normativen; ihm unterwirft ein jeder an seinem Platz, an dem er steht, den Körper, die Gesten, die Verhaltensweisen, die Fähigkeiten, die Leistungen. In seinen Eingliederungs-, Verteilungs-, Überwachungs- und Beobachtungssystemen war das Kerkersystem in der modernen Gesellschaft das grosse Fundament der Normalisierungsmacht.“ (Foucault 1977, S. 392 f.)

Mit dem Schweizer Publizisten, Schriftsteller und Dichter Carl Albert Loosli (1877-1959) wird hier ein früherer Kritiker der allgegenwärtigen „Normalitätsrichter“ und ihres Disziplinierungssystems in Erinnerung gerufen, dessen Publikationen sich bisweilen wie eine „Vorschau“ auf Foucaults Befunde lesen. Loosli schöpfte seine Einsichten allerdings aus bitteren persönlichen Erfahrungen, als Betroffener der so genannten „Administrativjustiz“, die er als eine routinierte, alltägliche, aber verfassungswidrige Verwaltungspraxis entlarvte, als ein freilich durch die „Disziplinargesellschaft“ (Foucault) sanktioniertes System der Zu- und Abrichtung von Menschen, die in „unordentliche“ (zumeist arme) Verhältnisse hinein geboren wurden oder durch „sozial abweichendes“ Verhalten auffielen. Oft machten sich diese Menschen nicht einmal einer „Sub-Delinquenz“ schuldig, wie Foucault sie umschrieben hat, allenfalls des „Ungehorsams“ (a. a. O., S. 275).

Es waren Behörden, Lehrer, Pfarrer, Arbeitgeber, „Irrenärzte“, die im stillschweigenden Einverständnis mit der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft nach Massgabe ihres Ordnungs- und Sittlichkeitsempfindens urteilten und handelten – nicht nur in der Schweiz.

Es sei eine „Sub-Justiz“, die „im Herzen aller Disziplinierungssysteme“ arbeite, als „ein kleiner Strafmechanismus [...] mit eigenen Gesetzen, Delikten, Sanktionsformen und Gerichtsinstanzen“. Sie erfasse einen Raum, der von den Gesetzen übergangen werde, sie „bestrafen und qualifizieren Verhaltensweisen, die den grossen Bestrafungssystemen

entwischen“, schrieb Foucault (a. a. O., S. 230). Eine „Sub-Justiz“ für eine „Sub-Delinquenz“ – das benennt treffend, was Carl Albert Loosli in seinen Schriften dargelegt hat. Die Herausgeber der Loosli-Werkausgabe<sup>1</sup>, Fredi Lerch und Erwin Marti, geben in ihrer Einleitung zum Band *Administrativjustiz* eine Vorstellung von der Grössenordnung der Betroffenen in der Schweiz:

Anstalterziehung und Verdingkinderwesen haben, hat Loosli einmal geschrieben, „Untertanen“ produziert: 1910 waren vier Prozent der 1,17 Millionen Kinder unter 14 Jahren, die in der Schweiz lebten, verdingt – demnach rund 47'000 Kinder. Geht man davon aus, dass niemand vor dem fünften oder sechsten Lebensjahr verdingt worden ist, ergibt das rund 5000 verdingte Kinder pro Jahrgang. Wenn diese Grössenordnung stimmt, dann lebten in der Schweiz zu Looslis Zeiten immer rund 225'000 Menschen zwischen 15 und 60 Jahren, die eine Verdingkindervergangenheit hatten. Als erfolgreich erzogen galten diese Menschen dann, wenn sie später ein unauffälliges Leben fristeten, auf dem Land als Knechte und Mägde, in den Städten als Ungelernte in Fabriken und Werkstätten. (Loosli 2007, S. 10 f.)

### *1.1 Zum Beispiel: Carl Albert Loosli (1877-1959)*

Anhand von Looslis Biografie kann die Funktionsweise der „Administrativjustiz“ aufgezeigt werden. Unehelich als Sohn einer Achtzehnjährigen geboren, kam er zunächst zu einer liebevollen Pflegemutter, die ihn vor ihrem frühen Tod vorsorglich, mit einer Erbschaft bedacht, 1889 einem humanistisch geführten Waisenhaus anvertraute, an das Loosli gute Erinnerungen hatte. Er war aber „bevogtet“ (bevormundet) und wurde schliesslich als „verhaltensauffällig“ (im Amtsjargon: „bösgartend“) mit Unterbrüchen bis 1897 in Jugendstrafanstalten untergebracht.<sup>2</sup> Erst Jahre nach seiner Entlassung, als nunmehr Vierundzanzigjähriger, konnte Loosli seine „Bevogtung“ gerichtlich anfechten, sie wurde im Frühjahr 1901 per Urteil aufgehoben.<sup>3</sup> 1903 heiratete er Ida Schneider und lebte mit seiner bald fünfköpfigen Familie bis zu seinem Tod in der Berner Vorortsgemeinde Bümpliz. Loosli-Biograf Erwin Marti hat aufgrund sorgfältiger Recherchen in Archiven eindrücklich dokumentiert, wie selbst normale pubertäre Verhaltensformen des Heranwachsenden von Gutachtern als quasi angeborener „Defekt“ diagnostiziert wurden. Dabei blieben Loosli entlastende Berichte und Stellungnahmen von Betreuungs- und Lehrpersonen, mit denen ihn ein Vertrauensverhältnis verband, weitgehend unberücksichtigt. Sie passten nicht ins vorgefertigte Menschenbild der amtlich bestellten Gutachter. Weitere Bezugspersonen, die Loosli wohl gesinnt waren, wurden gar nicht befragt. Loosli spürte immer wieder diese Stigmatisierung aufgrund seiner „unordentlichen“ Herkunft. Zynisch formuliert: Was war denn schon vom Sprössling einer leichtfertigen minderjährigen Dirne und einem dahergelaufenen Ausländer zu erwarten – Looslis leiblicher Vater war ein italienischer „Gastarbeiter“. Offenbar war ein italienischer Schwiegersohn der Familie der minderjährigen

---

<sup>1</sup>[http://www.rotpunktverlag.ch/cgibib/germinal\\_shop.exe/showtemplate?page=rotpunkt\\_werkausgabe\\_2011.html&texte\\_id=7&caller=rotpunkt](http://www.rotpunktverlag.ch/cgibib/germinal_shop.exe/showtemplate?page=rotpunkt_werkausgabe_2011.html&texte_id=7&caller=rotpunkt) (9.2.2013)

<sup>2</sup> Looslis „Heimkarriere“ im Überblick: 1889-1892 Waisenhaus Grandchamp, Mai bis Oktober 1893 Besserungsanstalt Schloss Aarwangen, Februar 1894 bis Februar 1895 Zwangserziehungsanstalt Trachselwald, März bis April 1895 Armenhaus Sumiswald, August bis September 1895 Irrenanstalt Münsingen, anschliessend bis April 1897 Zwangserziehungsanstalt Trachselwald (Marti 1999, S. 27 f.). Loosli hätte gerne Naturwissenschaften studiert, wurde dabei aber nicht unterstützt. In Trachselwald schrieb er eine Arbeit über „Le langage des animaux“, er war in Neuchâtel als Gymnasiast Mitglied des „Club des amis de la nature“ geworden (a. a. O., S. 98 ff.). An mehreren ihm zugewiesenen Lehrstellen scheiterte er. Ohne Berufsabschluss, aber vielseitig interessiert und wissensdurstig, erarbeitete er sich als Autodidakt ein immenses Wissen.

<sup>3</sup> Im Frühjahr 1898 und erneut 1901 hielt sich Loosli in Paris auf, begegnete im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre auch Emile Zola (1840-1902). Zola und vor allem Anatole France (1844-1924) wurden als engagierte Literaten zu Looslis Vorbildern (Marti 1996, S. 93 u. 142 f.).

Mutter nicht genehm. In der Schule wurde Loosli in der Folge einerseits als „Vaterloser“, andererseits als „Italiener“ verspottet. Es waren, noch vor seinen späteren bitteren Heimerfahrungen, prägende Erlebnisse (vgl. Marti 1996, S. 15-85).

Loosli hat ein Leben lang gegen jede Form von Amtswillkür, Diskriminierung und „Zurichtung“ gekämpft und Anstösse zu Reformen des Erziehungs-, Bildungs- und Anstaltswesens gegeben. Dabei hat er ebenso auf den *Zusammenhang von Erziehung und Demokratie* hingewiesen, im Sinne einer *Erziehung zur Mündigkeit*.<sup>4</sup> Ein besonderes Augenmerk verdient Looslis Rechtsverständnis. Der Autodidakt erweist sich nämlich als früher – und immer noch aktueller – Verfechter eines demokratischen Rechtsstaates, der die Würde und die Menschenrechte von Individuen und Minderheiten zu schützen habe, die weder durch amtliche Willkürpraktiken, noch durch allfällige plebiszitäre Mehrheitsentscheide selektiv eingeschränkt oder gar ausser Kraft gesetzt werden dürfen.

## 2. „Administrativjustiz“ und Konzentrationslager

### 2.1 Administrativjustiz und „Administrativjustiz“ – eine Begriffsklärung

1938 schrieb Loosli in der kritischen Zeitschrift „Der Beobachter“ erstmals über *Schweizerische Konzentrationslager und „Administrativjustiz“* (Loosli 2007, S. 98 ff.). 1939 veröffentlichte er im Selbstverlag die Streitschrift *„Administrativjustiz“ und schweizerische Konzentrationslager* (a. a. O., S. 102-284), die er mit folgender Erklärung einleitete:

An der „Administrativjustiz“, mit der wir uns in den folgenden Ausführungen zu befassen haben werden, ist alles falsch und willkürlich, sogar ihr Name. Aus diesem Grunde wird er in den folgenden Ausführungen jeweils in Gänsefüsschen gesetzt. (a. a. O., S. 102)

Diese „Administrativjustiz“ fusse nämlich „nicht auf dem Verwaltungsrecht, sondern auf der Willkür des Staates, der Gemeinden und der Gesellschaft, die sich anmassen, den einzelnen Staatsbürger seinem natürlichen<sup>5</sup> Richter zu entziehen, ihn der ihm ebenfalls verfassungsmässig zustehenden Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und dem Recht zu berauben, über seine Person, sein Eigentum willkürlich, unter Ausschluss jeglichen öffentlichen Verfahrens, unter Vergewaltigung und Verneinung seiner Menschen- und Bürgerrechte, zu verfügen“. Die entsprechenden Beschlüsse und Verfügungen beruhten „auf fiskalischen Vorteilserwägungen, auf Erledigungs- und Abfertigungsbedürfnissen der sich damit befassenden Beamtenschaft, auf falsch verstandenem, weil auf die Dauer Staat und Gesellschaft gefährdendem, momentanen Sicherheitsbedürfnis der gerade bestehenden Gesellschaftsgliederung, folglich auf Willkür, Rechtsbruch und Vergewaltigung“ (a. a. O., S. 104 f.).

Loosli, der sich immer wieder auf Errungenschaften der Amerikanischen und der Französischen Revolution, auf die Allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte berief, holte 1939, in einer Zeit, in der gerade diese Errungenschaften von triumphierenden faschistischen Regimes (und vorbereitend mitorchestriert von *Konservativen Revolutionären*) verächtlich gemacht wurden, zu einem bemerkenswerten rechtshistorischen Exkurs aus. Er verwies auf Reformen wie den italienischen Rechtsphilosophen Cesare de Beccaria (1738-1794), dessen einflussreiches Werk *Dei delitti e della pene* („Über Verbrechen und Strafen“) von 1764 er ausdrücklich würdigte. Beccaria habe geltend gemacht, dass auch soziale Umstände („persönliche und gesellschaftliche Verhältnisse“) Ursache von Delinquenz sein

---

<sup>4</sup> Zum Themenkreis „Demokratie und Erziehung“ mit Blick auf Carl Albert Loosli vgl. Uebelhart 2013.

<sup>5</sup> Loosli meint damit den *ordentlichen* Richter eines rechtsstaatlich korrekten Justizverfahrens.

könnten, diese mithin bei der Urteilsfindung zu berücksichtigen seien. Als weitere wichtige Forderungen Beccarias erwähnte er die Abschaffung der Todesstrafe und körperlicher Züchtigungen. Zudem seien insbesondere die Verteidigungsmöglichkeiten und Berufungsrechte der Angeklagten zu erweitern, um sie gegen allfällige „Justizirrtümer und Justizmorde tunlichst zu schützen“. Beccarias Thesen und Vorschläge seien „von den Enzyklopädisten seines Jahrhunderts aufgegriffen und erweitert“ worden, zum Beispiel von Voltaire, Diderot und d’Alembert. Damit sei die Grundlage für eine umfassende Rechtssicherheit geschaffen worden, „die sich zu dem Grundsatz verdichtete, auf dem heutzutage jedes einigermaßen vernünftige, der Billigkeit entsprechende Strafrecht überhaupt aufgebaut ist, nämlich: *Nullum crimen sine lege, nulla poena sine lege*. Kein Verbrechen, es wäre denn vom Strafrecht vorgesehen, und keine Strafe, sie wäre denn vom Strafgesetz vorgeschrieben“ (a. a. O., S.122 f.).

Unmissverständlich hielt Loosli fest, dass die „Administrativjustiz“ gerade diesen aufgeklärten Rechtsgrundsätzen widerspreche. Die „Administrativjustiz“ arbeite unter Ausschluss jeder öffentlichen Kontrolle „nach Gutfinden“. Sie kenne keine Zwischeninstanz, „die unparteiisch genug wäre, gegebenenfalls bejahend oder verneinend aus rein rechtlichen Gründen darüber zu entscheiden, denn sie urteilt nicht vom Rechts-, sondern vom Willkürstandpunkt aus, als Partei, Richter und Vollzieher zugleich“ (a. a. O., S. 132 f.). Dass sich diese Praxis „volkstümlich und aktenmässig einzubürgern vermochte, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass sie gehalten und betätigt wird von Verwaltungsbeamten, die sich Zuständigkeiten anmassen, die ausschliesslich der gemeinen Rechtspflege verfassungsrechtlich unterstellt sind“ (a. a. O., S. 105). Diese behördlichen Anmassungen<sup>6</sup> untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. Durch den „administrativen“ Eingriff in die verfassungsmässigen, bürgerlichen Rechte und Freiheiten der Einzelbürger werde „das Rechtsbewusstsein des Volkes verwirrt, erschüttert und geschwächt“ (a. a. O., S. 139).<sup>7</sup>

## 2.2 Looslis Definition des Begriffs Konzentrationslager

Loosli begründete, weshalb er die „Besserungsanstalten“ als Konzentrationslager (ohne Gänsefüsschen) bezeichnete. Man habe ihm diese „Gleichstellung unserer Zucht-, Korrektions- und Arbeitshäuser da und dort verübelt, sie als böswillige Demagogie bezeichnet“.

Loosli verortete den Begriff im historischen Kontext. Die Bezeichnung stamme aus dem Burenkrieg. Die ausdrücklich Konzentrationslager (Concentration Camps) genannten Internierungslager seien von den Briten zur Aufnahme von kriegsgefangenen Buren und ihren Angehörigen geschaffen worden, die militärischer Bewachung und Zucht unterstanden hätten. Seither seien „wir an diese Einrichtungen in stets erweitertem Masse fortschreitend gewöhnt worden. Durch den Weltkrieg zunächst, dann in neuester Zeit durch die Diktaturstaaten“.<sup>8</sup> Seien sie ursprünglich als vorübergehende Gefangenenlager für Militär- und Zivilpersonen eingerichtet worden, dienten sie nun „zur Enthaltung politisch unbeliebter Gegner oder der Gegnerschaft Verdächtigter“, die nicht „auf dem ordentlichen Rechtsweg, durch gerichtliches

---

<sup>6</sup> Loosli, der auch ein beissender Satiriker war, karikierte bereits 1913 die anmassende, selbstgerechte, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber grundsätzlich misstrauische Staatsbürokratie mit naturforschendem Jargon als „Bureausaurus helveticus L.“. Dieses Wesen wittere „im freien Menschen [...] seinen natürlichen Feind“ (Loosli 2009, S. 182-190).

<sup>7</sup> Loosli erwähnt mehrfach Aussagen ehemaliger Heiminsassen, wonach sie, falls ihnen erneut eine „administrative“ Internierung drohe, sofort ein „richtiges“ Verbrechen begehen würden, damit sie wenigstens wüssten, warum man sie einsperre.

<sup>8</sup> Loosli meinte damit gleichermassen das „Dritte Reich“, Mussolinis Faschismus und Stalins Terrorregime. Seine vehemente Gegnerschaft zu Diktaturen jeder Couleur (also auch zur „Diktatur des Proletariats“) ist nachzulesen in Loosli 2009.

Urteil, sondern nach dem willkürlichen Gutfinden oft untergeordneter, unverantwortlicher Instanzen aus Gründen der sogenannten Staatsraison“ eingewiesen würden. Als solche seien die Konzentrationslager „typische Kriegseinrichtungen auch da und dort geblieben, wo es nicht um Kriege zwischen Völkern und Ländern, sondern auch um Bürgerkriege geht. Die deutschen Konzentrationslager beispielsweise sind eine typische Bürgerkriegserscheinung“ (a. a. O., S. 246 ff.).

Es ist daran zu erinnern, dass diese Sätze 1939 geschrieben wurden. Loosli hatte also sehr genau hingesehen und den Begriff nicht leichtfertig, sondern bewusst als eine jener polemischen Zuspitzungen verwendet, derer er sich häufig bediente, um einen Sachverhalt einprägsam zu machen. Trotzdem ist seine Begriffswahl noch heute umstritten. Gerne wird dabei darüber hinweg gesehen, dass Loosli hier, wie auch in andern Schriften, darauf hingewiesen hat, dass in der Schweiz (wie andernorts) vorzugsweise nicht die Armut, sondern die Armen bekämpft würden, die verfassungswidrige „Administrativjustiz“ mithin eine „Klassenjustiz“ sei. Die schweizerischen „Zucht- und Korrektionshäuser“ und die mit ihnen „unzertrennlich verbundenen Arbeitshäuser“ seien eine „schamhaft verschleierte, latent klassenkämpferische Bürgerkriegserscheinung. Die vorderhand wirtschaftlich und politisch noch mächtigere Oberschicht bedient sich ihrer als eines Kampf- und Vernichtungsmittels gegen Arme, Enterbte, von ihr Verwahrloste“.

Doch im gleichen Atemzug schrieb Loosli auch, dass diese Praktiken ebenso eine „Verlegenheit“ zum Ausdruck brächten, nämlich, dass man mit den solcherart „administrativ“ Versorgten nichts Vernünftiges, Aufbauendes anzufangen wisse. Deshalb würden ihre Vertreter sich „ein menschenfreundliches Mäntelchen“ umhängen und wüssten von „Besserungs- und Nacherziehungszecken gar erbaulich zu predigen“. Trotzdem blieben „unsere Arbeitshäuser [...] Anstalten provisorischer Beschaffenheit für Menschen, die der Obrigkeit, den Behörden, der Verwaltung und dem Fiskus unbequem“ seien. Die Konzentrationslager von Diktaturen, schrieb Loosli, würden sich demgegenüber „wenigstens nicht der philanthropophagischen Heuchelei schuldig machen, sondern sich ganz brutal und offen zu ihren nackten Sicherheits-, Unterdrückungs- und Vergewaltigungszwecken bekennen“ (a. a. O., S. 248).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die Schweizer Militärverwaltung bei der Einrichtung von Internierungslagern für auf Schweizer Territorium geflüchtete ausländische Truppenverbände noch 1941 arglos den Begriff „Concentrationslager“ verwendete, und sich hierbei auch beim Konzept an deutschen Vorbildern orientierte, wie die Lagerentwürfe belegen. Die deutschen Konzentrationslager habe man in jenen Jahren in der Schweiz noch als („normale“?) „Gefängnisse und Arbeitslager“ betrachtet (Stadelmann/Krause 1999, S. 18 f.). Man darf feststellen, dass Loosli auch hier kritischer hingesehen hat als die Schweizer Militärbehörden. Bereits 1938 schrieb er, dass die „öffentliche Meinung unseres Landes“ sich entrüste über die „Konzentrationslager im diktatorisch regierten Ausland“. Man sehe darin Einrichtungen, „in die jeder beliebige Bürger versetzt werden kann, ohne zuvor einem gerichtlichen Verfahren ordentlicherweise unterstellt worden zu sein“ (Loosli 2007, S. 98).<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Zur Geschichte der Nazi-Konzentrationslager 1933-1939 vgl. Reinecke 2003. Die Internierten wurden zunächst aufgrund ihrer politischen Aktivitäten, ihrer „Lebensweise“ oder lediglich aufgrund von Denunziationen in so genannte „Schutzhaft“ genommen. Loosli hat das Heraufkommen und die Machtergreifung der Nazis und ihren Antisemitismus allerdings schon ab 1927 eindringlich warnend behandelt. Er erkannte früh, zu was die Nazis fähig waren (vgl. hierzu Loosli 2008, Loosli 2009, Marti 2009, Uebelhart 2011). Heute ist bekannt, dass die Schweizer Behörden spätestens ab 1942 durch erschütternde Berichte und Fotodokumente u. a. von Schweizer Diplomaten konkret wussten, dass die KZ zu systematischen Vernichtungslagern geworden waren. Trotzdem verschärfte der damalige Justizminister Eduard von Steiger die Flüchtlingspolitik. Ungezählte jüdische Flüchtlinge wurden in der Folge an der Grenze abgewiesen und in den sicheren Tod geschickt. Dokumente s. [www.dodis.ch](http://www.dodis.ch).

Looslis Blick auf den sozialpolitischen „Bürgerkrieg“ war scharf. Er durchschaute auch „rassenhygienisch“ motivierte Praktiken der „Administrativjustiz“ jener Zeit. 1941, rundum tobte der Zweite Weltkrieg, prangerte er leidenschaftlich „L’extinction du paupérisme par la stérilisation“ an, die „Abschaffung der Armut durch Sterilisation“: „Man darf also sagen, dass Staat und Gemeinden die Armut dadurch bekämpfen, dass sie prophylaktisch die Armen ausrotten“. Armut galt aus der Sicht der Eugenik als „selbstverschuldet“, nämlich als Ausdruck von „Minderwertigkeit“ (vgl. hierzu Keller 1996, Wottreng 1999). Loosli forderte allerdings keineswegs den Verzicht auf Sterilisation, aber er bestand auch hier darauf, dass diese nicht rückgängig zu machende Massnahme keine willkürliche allgemeine Praxis sein dürfe, sondern unter Würdigung aller Umstände – medizinisch wie rechtlich, samt Anhörung der Betroffenen – sorgfältig abgeklärt und wohl begründet werden müsse (Loosli 2007, franz. Originaltext S. 299-301, Übersetzung S. 485-487).

Loosli hat in der Schrift *Vom Recht* (1941) hinsichtlich psychiatrischer Begutachtungen darauf hingewiesen, die Psychiatrie sei „himmelweit davon entfernt, eine exakte Wissenschaft“ zu sein, mit wenigen Ausnahmen fussten solche Gutachten „auf dem durchaus subjektiven Ermessen der Gutachter“. Um zu beurteilen, ob ein Mensch „geistig normal“ sei, müssten sich „Psychiatrie und Gesellschaft zunächst einmal über den Begriff der seelischen und geistigen Normalität unzweideutig geeinigt haben“ (a. a. O., S. 355).<sup>10</sup>

### 3. Anstaltsleben: Betrachtungen eines ehemaligen Anstaltszöglings

Loosli hat nichts erfinden, nichts ausschmücken müssen. Bereits 1924 veröffentlichte er das Buch *Anstaltsleben, Betrachtungen und Gedanken eines ehemaligen Anstaltszöglings*, das erhebliches Aufsehen erregte (Loosli 2006, S. 103-254). In der Einleitung schrieb er:

„Ich schreibe dieses Buch [...] zur Entlastung meines Gewissens, solange ich es noch schreiben kann und, wenn ich es offen gestehen soll: Ich habe mich über zwanzig Jahre dagegen gewehrt, es zu schreiben. [...] Denn, was die Öffentlichkeit von den Anstalten erfährt, erfährt sie aus dem Munde derer, die an ihrem Bestand Interesse haben, die sie leiten, beaufsichtigen, unterstützen. (a. a. O., S. 103 ff.)

Akribisch beschrieb und analysierte er das System der damaligen Heimerziehung und was es an den Zöglingen anrichtete. Seitens der Behörden wurde zunächst versucht, die Sache herunterzuspielen. Es fehlte nicht an Hinweisen auf seine „unordentliche“ Herkunft, womit versucht wurde, seine Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen. Aber Looslis Schilderungen des Anstaltslebens waren ausführlich und genau, deckten schonungslos eine der Öffentlichkeit weitgehend verborgen gehaltene Anstaltswirklichkeit auf. Zudem wandten sich viele ehemalige Heimzöglinge und Verdingkinder an Loosli, bestätigten seine Darstellungen, baten ihn um Rat und Unterstützung. Looslis Bümplizer Wohnung wurde zu einer umfassenden Dokumentationsstelle, zu einem Archiv erschütternder Schicksale.<sup>11</sup>

Loosli wurde stellvertretend zur Stimme jener, die sich nicht artikulieren konnten, die keine Stimme hatten. Es war eine anwaltschaftliche Stellvertretung, und Loosli verstand auch so.

---

<sup>10</sup> Loosli wurde 1895 als Jugendlicher selber psychiatrisch begutachtet. Man diagnostizierte bei ihm „eine verminderte Zurechnungsfähigkeit“, eine „dürftig entwickelte Anlage“ des Geistes, aus erblichen Gründen (sic!) gar eine „defekte geistige Beanlagung“ (Marti 1996, S. 39-43).

<sup>11</sup> Als Looslis kampagnenartigen, hartnäckigen publizistischen Aktivitäten in dieser Sache den kritisierten Behörden zu lästig wurden, erwog der sozialdemokratische (sic!) Berner Armendirektor Georges Moeckli 1944, Looslis Archiv zu beschlagnahmen. Gleichzeitig stellte er Überlegungen an, wie man den „notorischen Querulanten“ – mittlerweile ein 67jähriger, mehrfacher Familienvater – erneut bevormunden, „administrativ internieren“ und damit zum Schweigen bringen könnte (Marti 1996, S. 82).

Solange sie Zöglinge waren, schrieb er, würden „ihre Klagen ungehört ersterben; weil sie Kinder sind, die niemandem klagen können und könnten sie es, bei niemandem Glauben finden würden. Weil, wenn sie einmal nicht mehr Zöglinge sind, wiederum schweigen; weil es den wenigsten gegeben ist, das, was sie alles erlitten, in Worte zu fassen; weil sie, einmal der Anstalt entrückt, gottgefroh<sup>12</sup> sind, ihrer nicht mehr gedenken zu müssen“ (a. a. O., S. 105). Loosli beschrieb ein Heimsystem, das mit drakonischen, auch körperlichen Strafen, mit Einzelarrest (Dunkelarrest bei Brot und Wasser) die jugendlichen Zöglinge terrorisierte, ein Spitzelwesen förderte und diese Methoden mit frommen Bekenntnissen übertünchte. Loosli zitiert einen Mitzögling, der ihm auf die Frage, was ihm von seiner Anstaltszeit am dauerhaftesten in Erinnerung geblieben sei, antwortete: „Die Prügel und die Andachten!“ Gott selbst habe sich in der Anstalt ihrer Ordnung zu fügen, erläutert Loosli, er stehe immer auf Seiten der Vorgesetzten. Über die Andachten hinaus existiere er aber praktisch nicht, „weil an seine Stelle selbsttätig die Vorgesetzten treten und handeln.“ Loosli weiter:

Der Anstaltsgott ist im wesentlichen eine höhere Polizeiberufungsstelle. Wo das Unterscheidungsvermögen der Vorgesetzten nicht ausreicht, um etwa den Täter eines Verstosses gegen die Anstaltsordnung zu ermitteln, da springt er ein, dann hat er dafür zu sorgen, dass die vorgeschriebene Strafe am Fehlbaren vollzogen werde. (a. a. O., S. 191 f.)

Looslis Schilderungen der Strafpraktiken in der Jugendstrafanstalt Trachselwald, die er selber erlebt hatte, erinnern an Foucaults „kleine[s] Tribunal, das in den Häusern der Zucht ständig zu tagen scheint.“ Dieses kleine Tribunal, so Foucault, „führt sich zwar manchmal wie ein Hohes Gericht auf: von Formalitäten abgesehen führt es jedoch nicht die Mechanismen der Strafjustiz ins Detail der täglichen Existenz hinein fort; vielmehr haben die Disziplinen unter Einbezug einiger alter Verfahrensweisen ein neues Strafverfahren geschaffen, das seinerseits vom scheinbar nachgeahmten Justizapparat Besitz ergreift“ (Foucault 1977, S. 236 f.). Tatsächlich sind die „kleinen Tribunale“ in den Anstalten weder von den politischen Aufsichtsbehörden, noch von der ordentlichen Justiz gerügt worden – abgesehen von besonders dramatischen Fällen, die publik wurden.<sup>13</sup> Das fast vollständige Versagen der Aufsichtsbehörden, der Justiz und der Parlamente lässt erkennen, wie sehr diese „administrative“ Schattenjustiz in der Mitte der Gesellschaft „eingebettet“ war. Die Betroffenen wurden oft nicht wirklich angehört. Oder man glaubte ihnen nicht. Sie konnten ihre Rechte, Interessen und Ansprüche nicht geltend machen. Sie hatten kaum Ansprechpersonen, die sie hätten vertreten können oder wollen. Nicht nur das Anstaltspersonal, auch die bestellten Vormünder und Inspektoren waren in der Regel Teil des repressiven Systems, sprachen meist *über* ihre Mündel, aber kaum *mit* ihnen, es sei denn im Sinne von „Lob und Tadel“ im paternalistischen Weisungston. Looslis Kampf für Verbesserungen der Lage von Heim- und Verdingkindern darf nicht isoliert betrachtet, sondern muss in den Kontext seiner Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat gestellt werden. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen, der Staat und die Rechtsordnung, „haben nicht über den Menschen und die Gesellschaft zu herrschen, sondern ihnen zu dienen“ (Loosli 2007, S. 337).

#### **4. Looslis transdisziplinäre Perspektive: Recht, Demokratie und Erziehung**

Loosli war immer bewusst, dass „der Staat“ stellvertretend da eingreifen soll und muss, wo Kinder und Jugendliche in prekären Verhältnissen aufwachsen und zum Beispiel die Eltern

---

<sup>12</sup> „Gottgefroh“: Berner Mundart, umschreibt das Gefühl einer sehr grossen Erleichterung.

<sup>13</sup> Loosli engagierte sich in verschiedenen Fällen und zeigte akribisch die Vertuschungs- und Ablenkungsmanöver der involvierten Behörden auf. Vgl. hierzu Loosli 2006.

nicht in der Lage sind, den Kindern einen ordentlichen Weg ins Leben zu ermöglichen – also Stellvertretung *treuhänderisch* im Interesse einer offenen, selbstbestimmten Zukunft der Kinder und Jugendlichen, nicht im Namen irgend eines Dogmas, einer Norm oder der persönlichen Anschauungen und Werthaltungen der amtlich bestellten Sachwalter und Autoritäten.

#### 4.1 Gegen Untertanenproduktion und Proselytenzüchtung

In der Novelle *Caligula Minor* von 1946 schilderte Loosli, erneut seine Heimerfahrungen aufgreifend, die Auswirkungen eines autoritär-despotischen Regimes auf die Heimzöglinge, aber auch auf das Personal der Erziehungsanstalt. Den Anstaltsleiter schilderte er als eine Persönlichkeit, die sich innerlich denen überlegen fühle, die entweder unter ihm oder auf gleicher Stufe stünden, während er „im Verkehr mit Höherstehenden eine geradezu reptilartige Unterwürfigkeit und bewundernde Achtung zur Schau trug“: Ein Untertan, zum Herrscher emporgestiegen, behandelte die ihm Untergebenen als Untertanen, masste sich in seinem kleinen Reich absolute Herrscherrechte an. Mit Willkürstrafen versetzte er die Zöglinge in einen Zustand dauernder Rechtsunsicherheit. Seine „Erziehungsweisheit gebot ihm nur einen Grund, nämlich den, die Zöglinge sich ducken zu lehren, ihren Willen, ihre Eigenmenschlichkeit zu vernichten, sie zu toten, willenlosen Werkzeugen für die Hand dessen zu formen, der sie eben zu gebrauchen oder zu missbrauchen begehrte“. Hilfreich waren dem Despoten dabei diensteifrige Angestellte, die das Regime beflissen mittrugen. Argwöhnisch begegnete der Despot einem Angestellten, der erkannte, dass die Zöglinge „eher Opfer gesellschaftlicher Roheiten, Verhältnisse und des Unverstandes als eigener, verbrecherischer Triebe“ geworden waren. Auf seine Arbeitsstelle angewiesen, konnte er freilich nur einen verständnisvollen Umgang mit den Zöglingen pflegen, aber dem *Caligula Minor*, der obrigkeitliche Protektion genoss, nicht offen entgegentreten (Loosli 2006, S. 23-91). Doch Loosli thematisierte nicht nur die systematische Untertanenproduktion in den Erziehungsanstalten. Seit 1900 als Gerichtsberichterstatter, Redaktor, Schriftsteller und Dichter arbeitend, setzte er sich früh mit Fragen von Bildung und Erziehung auseinander. Er opponierte gegen alle Formen der Zurichtung von jungen Menschen. In der Schrift „Schule und Leben“ von 1913 stellte er eine radikale Forderung auf:

Was die Schule in religiöser Beziehung vermitteln kann, ist allerhöchstens eine gewisse Summe dogmatischer und religionsgeschichtlicher Kenntnisse. Sie hat weder das Recht, noch das Vermögen, einer Konfession Proselyten zuzuführen, und hat weder das Recht noch das Vermögen, jugendliche Konfessionsangehörige dauernd an eine Konfession zu binden. [...] Die Schule [...] soll in einem Freistaat politisch, konfessionell und kulturell neutral sein. (Loosli 2006, S. 459 f.)

Doch bereits 1908, als damaliger Kulturredaktor der sozialdemokratischen Tageszeitung *Berner Tagwacht*, verwarf er unter dem Titel „Proletarische Bildungsideale“ jede ideologische Indoktrination. Die Bildung dürfe „keine Tendenz verfolgen, auch nicht eine proletarische mit einem Hintergedanken des Willens zur Macht.“ Das bedeute nämlich nichts anderes als einen Versuch, „unsere Sinne neuen Dogmen zu knechten, und wir, die wir um Freiheit ringen, dürfen nicht einmal diesen Versuch dulden“ (Loosli 2009, S. 167 f.). Der mündige, eigenverantwortliche, „lebenstaugliche“ Mensch soll das Ziel sein, hielt Loosli mehrfach fest – 1920 in der Schrift „Bildung und Erziehung“ mit einer bemerkenswerten Akzentuierung:

Der Endzweck der Erziehung [...] müsste der sein, die Menschen lebensfähiger zu machen. Sie behauptet nun freilich, solches zu tun; in Wirklichkeit geht sie jedoch günstigstenfalls darauf aus, seine Konkurrenzfähigkeit, will sagen die Anlagen in ihm zu entwickeln, die ihm



erlauben, sich auf Kosten seiner Mitmenschen am weitesten hervor- und am höchsten hinaufzudrängen. (Loosli 2006, S. 474)

Looslis Ideal war Zeitlebens der Citoyen und die Citoyenne, die sich frei entfalten können und zugleich die Verantwortung für die Gesellschaft, für den demokratischen Staat wahrnehmen. Erziehung darf folglich nicht Instrument der Politik, eines religiösen oder säkularen Dogmas sein, sondern soll sich als Demokratie verwirklichen, in dem Sinne, dass die *Lebensregeln* der Demokratie von früh auf gepflegt werden (vgl. hierzu Uebelhart 2013). Looslis Begriff des demokratischen Rechtsstaates erweist sich in brisanter Weise als hoch aktuell.

#### 4.2 Demokratie und Rechtsstaat

Bürgerinnen und Bürger und ihre Vereinigungen haben sich an Verfassung, Recht und Gesetz zu halten. Aber ebenso haben die Behörden als *Volksvertreter* Recht und Gesetz zu respektieren<sup>14</sup>. Der demokratische Rechtsstaat hat die Grundrechte aller in seinen Grenzen wohnenden Menschen zu schützen.

Gerade in Fragen der in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechte, die auch den Schutz der Menschenwürde beinhalten, war Loosli unerbittlich. Schon 1927 kritisierte er heftig, dass „kein Bundes-, kein Staatsanwalt“ von Amtes wegen gegen die antisemitische Hetze der Schweizer Nazis eingreife. Angriffe auf Minderheiten waren für ihn Angriffe auf die Verfassung und somit eine Form von „Landesverrat“ (Loosli 2008, S. 172). Weder Behörden, noch politische Parteien und Gruppierungen dürfen diese Grundrechte angreifen. Der Staat muss von sich aus aktiv werden und entsprechende Aktivitäten unterbinden und ahnden. Loosli griff damit einer Debatte vor, die gerade heute in der Schweiz virulent ist – nicht erst seit der eidgenössischen Volksabstimmung von 2009 über das Minarettverbot. Es geht um die Grenzen direkter Demokratie. Grundrechtsproblematische Volksinitiativen dürften demnach gar nicht zur Abstimmung gelangen. Diesen Standpunkt vertritt alt Bundesgerichtspräsident Giusep Nay in seiner Rezension des Loosli-Bandes *Administrativjustiz*.<sup>15</sup> In der Schweiz sei der Spielraum für Grundrechtsverletzungen allerdings verhältnismässig gross, schreibt Anna Christmann in ihrer aktuellen Studie, da nur das zwingende Völkerrecht als Ausschlusskriterium für Volksinitiativen gelte. Gegen Grundrechte, die in der Schweizer Verfassung oder der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehalten seien, könnten Volksinitiativen hingegen verstossen (Christmann 2012, S. 101). Loosli hat also vor weit über einem halben Jahrhundert Themen aufgegriffen und erörtert, die in der Schweiz immer noch kontrovers sind.

#### 4.3. Was hat sich in der Schweiz seit Loolis Zeit verändert?

Loosli konnte einige Fortschritte im Anstaltswesen und im Jugendstrafrecht noch erleben. Die „Administrativjustiz“ jedoch erwies sich als äusserst zählebig.

Bis 1967 finanzierte die Eidgenossenschaft die systematischen Kindswegnahmen bei den Jenischen (den so genannten „Zigeunern“ mit Schweizer Pass) mit Bundessubventionen, um die Kinder zu einer „sesshaften Lebensweise“ zu erziehen. Hunderte von Kindern verschwanden in Anstalten. Jede Kontaktaufnahme zwischen den Eltern und ihren Kindern wurde unterbunden. Aber erst 1973 wurde das zu diesem Zweck gegründete „Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse“ aufgelöst, welches von der Organisation *Pro Juventute* betrieben

---

<sup>14</sup> H. L. A. Hart hat in seinem Standardwerk *Der Begriff des Rechts* (engl. 1961) diese zwei Aspekte als „notwendige und hinreichende Minimalbedingungen für die Existenz eines Rechtssystems“ bezeichnet (Hart 1973, S. 163 f.).

<sup>15</sup> Siehe [http://carl-albert-loosli.ch/wp/wp-content/uploads/2012/10/CAL-aktuell-3\\_2012.pdf](http://carl-albert-loosli.ch/wp/wp-content/uploads/2012/10/CAL-aktuell-3_2012.pdf) (9.2.2013)

wurde. Erst 1986 entschuldigte sich die Schweizer Regierung offiziell für das den Betroffenen zugefügte Unrecht. Die *Radgenossenschaft der Landstrasse*, die Interessenvereinigung des Fahrenden Volkes in der Schweiz, kämpfte jahrelang dafür, dass die Betroffenen ihre Akten ausgehändigt erhalten (vgl. hierzu Radgenossenschaft 1987).

Für die Tausenden von Verdingkindern setzt sich aktuell das *Netzwerk verdingt* ein, das 2012 ein diesbezügliches Schwarzbuch mit dem Titel *Die Elendverstärker* herausgegeben hat (vgl. [www.netzwerk-verdingt.ch](http://www.netzwerk-verdingt.ch)).

Die verfassungswidrige Praxis der „Administrativjustiz“ wurde erst 1981 beendet. Art. 397 a bis f des Schweizer Zivilgesetzbuches (ZGB) regelt seither die fürsorgerische Freiheitsentziehung mit allen Rechtsmitteln neu und durchaus im Sinne Looslis. Aber den zwingenden Anstoss dazu gab ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg (vgl. Marti 1999, S. 462, Fussnote 130).

## 5. Schlussbemerkungen

O, dass doch unsere Universitätsstudien ein klein wenig universeller wären! (Loosli 2006, S. 478)

Loosli hat, konsequent aus der Perspektive „von unten“, in seiner Zeit (und in seiner Sprache) Verhältnisse analysiert und Lösungsansätze aufgezeigt, die noch heute Bestand haben. Der Autodidakt durchschaute das vielschichtige Geflecht von Stellvertretungsverhältnissen und -anmassungen im Disziplinierungssystem der allgegenwärtigen Normalitätsrichter in seiner Zeit wie kaum ein anderer. Und er sah es im Kontext des demokratischen Rechtsstaates. Sein hartnäckiger Rekurs auf die Allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte war keineswegs „naiv“. Er hat sich gewissenhaft mit der Geschichte auseinandergesetzt. Schon 1927, an die Adresse ihrer Bewunderer und Verächter gerichtet, stellte er fest: „Die Französische Revolution enthielt in Keimform alle politischen Güter und Schäden, deren wir uns heute erfreuen oder die wir beklagen“ (Loosli 2009, S. 322). Bei Horkheimer und Adorno stand 1947 zu lesen, dass der Begriff des aufklärenden Denkens „nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet“ (Horkheimer/Adorno 1969, S. 3). Für Loosli gab es keinen Zweifel, was zu tun ist, nämlich „entschlossen gegen jede Lieblosigkeit, jede Roheit, jede gesellschaftliche Halbheit und Heuchelei, gegen das Unrecht das Banner zu entfalten.“ (Loosli 2006, S. 483).

Ich erachte die Frage als müssig, ob Looslis Hang zu polemischen Zuspitzungen oder die satirische „Narrenklatsche“, die er vorzugsweise gegen Bürokratie, „Parteibüffelherden“ und akademischen Standesdünkel zu schwingen pflegte, „kontraproduktiv“ gewesen sei. Im Kern hat er die Sache in der Regel getroffen: „Erziehen, nicht erwürgen!“ (a. a. O., S. 479). Es ist auch die Frage zu bedenken, die Fritz Wartenweiler (1889-1985), ein Pionier der Erwachsenenbildung in der Schweiz und Mitstreiter Looslis, gestellt hat: „Wie hätte ich mein Leben gestaltet, wäre mir ähnliches beschieden gewesen wie diesem Zeitgenossen?“ (Wartenweiler 1965, S. 182).

## Literatur

Christmann, Anna (2012): *Die Grenzen direkter Demokratie. Volksentscheide im Spannungsverhältnis von Demokratie und Rechtsstaat*. Baden-Baden: Nomos.

Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Hart, H. L. A. (1973): *Der Begriff des Rechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1986): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1944/47). Frankfurt am Main: Fischer.
- Keller, Christoph (1996): *Der Schädelvermesser. Otto Schlaginhaufen, Anthropologe und Rassenhygieniker*. Zürich: Limmat.
- Loosli, Carl Albert (2006): *Anstaltsleben. Verdingkinder und Jugendrecht* (= Bd. 1 der Werkausgabe). Hrsg. v. Fredi Lerch u. Erwin Marti. Zürich: Rotpunktverlag.
- Loosli, Carl Albert (2007): *Administrativjustiz. Strafrecht und Strafvollzug* (= Bd. 2 der Werkausgabe). Hrsg. v. Fredi Lerch u. Erwin Marti. Zürich: Rotpunktverlag.
- Loosli, Carl Albert (2008): *Judenhetze. Judentum und Antisemitismus* (= Bd. 6 der Werkausgabe). Hrsg. v. Fredi Lerch u. Erwin Marti. Zürich: Rotpunktverlag.
- Loosli, Carl Albert (2009): *Bümpf und die Welt. Demokratie zwischen den Fronten* (= Bd. 5 der Werkausgabe). Hrsg. v. Fredi Lerch u. Erwin Marti. Zürich: Rotpunktverlag.
- Marti, Erwin (1996): *Carl Albert Loosli 1877-1959. Zwischen Jugendgefängnis und Pariser Bohème 1877-1907* (= Biografie Bd. 1). Zürich: Chronos.
- Marti, Erwin (1999): *Carl Albert Loosli 1877-1959. Eulenspiegel in Helvetischen Landen 1904-1914* (= Biografie Bd. 2). Zürich: Chronos.
- Marti, Erwin (2009): *Carl Albert Loosli 1877-1959. Im eigenen Land verbannt 1914-1959* (= Biografie Bd. 3.1). Zürich: Chronos.
- Radgenossenschaft der Landstrasse (Hg.) (1987): *Fahrendes Volk – verfolgt und verfemt. Jenische Lebensläufe*. Dokumentiert von Thomas Huonker. Zürich: Limmat.
- Reinecke, Rüdiger (2003): „Zeitgenössische Literatur über nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 bis 1939. Ein Forschungsbericht.“ In: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit. Fernwald (Annerod): Germinal Verlag. S. 421-460.
- Spuhler, Gregor (Hg.) (2013): *Anstaltsfeind und Judenfreund. Carl Albert Looslis Einsatz für die Würde des Menschen* (= Veröffentlichungen des Archivs für Zeitgeschichte der ETH Zürich, Bd. 8). Zürich: Chronos.
- Stadelmann, Jürg / Krause, Selina (1999): „Concentrationslager“ Büren an der Aare 1940-1946. Das grösste Flüchtlingslager der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Baden: Verlag hier+jetzt.
- Uebelhart, Martin (2011): „Eine endlos plagierte Fälschung und ihre Hehler. Carl Albert Loosli und die „Protokolle der Weisen von Zion“.“ In: Bung, Jochen / Gruber, Malte-Christian / Kühn, Sebastian (Hg.): *Plagiate. Fälschungen, Imitate und andere Strategien aus zweiter Hand*. Berlin: trafoverlag. S. 55-72.
- Uebelhart, Martin (2013): „Mündigkeit und Menschenwürde. Aspekte einer demokratischen Erziehung im Werk von C. A. Loosli.“ In: Spuhler, Gregor (Hg.): *Anstaltsfeind und Judenfreund. Carl Albert Looslis Einsatz für die Würde des Menschen*. Zürich: Chronos. S. 117-136.
- Wartenweiler, Fritz (1965): „Carl Albert Loosli“, in: *Weckrufe*. Zürich: Rotapfelverlag. S. 182-200.
- Wottreng, Willi (1999): *Hirnriss. Zur Geschichte der Zürcher Zwangspsychiatrie*. Zürich: Weltwoche-Verlag

Dieser Beitrag wurde eingereicht für:

Malte-Christian Gruber / Sebastian Kühn (Hg.):  
**Dreiecksverhältnisse: Aushandlung von Stellvertretung**  
 (Arbeitstitel)

Band 13 der Reihe „Beiträge zur Rechts-, Gesellschafts- und Kulturkritik“  
 Trafo Verlag, Berlin

Erscheint voraussichtlich 2014